

## **Sie werfen weiter, als sie sehen können ...**

Ein starker Windstoß riss fast dreihundert gelbe Luftballons in rasantem Tempo in die Höhe und schickte sie unter dunklen Regenwolken auf die Reise nach Nordost. Schnell entchwanden sie den Blicken, mit ihnen eine angehängte gelbe Karte: „Gentechnik kennt keine Grenzen! Kein Genmais zwischen Mannheim und Heidelberg.“

Über 300 Menschen waren dem Aufruf von „BürGenLand“ – Bürger für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in der Kurpfalz – zur **4. Protestaktion gegen die Genmaisversuche** des Landes auf einem Versuchsfeld in Ladenburg-Neubotzheim gefolgt. Darunter die beiden grünen Landtagsabgeordneten Theresia Bauer aus Heidelberg und Uli Sckerl aus Weinheim sowie der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Fritz Kuhn.

Wie die Luftballons kennen auch Pollen keine Grenzen, keine verordneten Mindestabstände zum Nachbarfeld. Die **Luftballonaktion** zeigte eindrucksvoll, **wie weit die Pollen gentechnisch veränderter Pflanzen vom Wind verbreitet** werden können.

Wird gentechnisch manipuliertes Saatgut ausgesät, setzt Schritt für Schritt eine **Verseuchung von konventionellem oder biologischem Saatgut und damit auch von Futter- und Lebensmitteln** ein. Ein Nebeneinander von biologischem oder konventionellem und Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ist unmöglich. Die Auskreuzung von Genmais kann niemand kontrollieren.

Das sah auch **Fritz Kuhn** so und zitierte den Philosophen Günther Anders: „Wir werfen weiter, als wir sehen können.“ Kuhn warf der Agroindustrie und der Bundesregierung vor, **zugunsten von kurzfristigen Profitinteressen natürliche landwirtschaftliche Produktionsbedingungen zu zerstören**. Er warnte davor, ganze Pflanzen in Pestizide zu verwandeln, mit nicht geklärten **Risiken für die Umwelt, für Mensch und Tier**. Die Existenz von Biobauern und Imkern sei bedroht.

Die Gentech-Industrie behaupte als Vorteile der Agro-Gentechnik Steigerung der Erträge, weniger Chemie auf dem Acker, Bekämpfung des Hungers in der Dritten Welt, Schaffung von Arbeitsplätzen. Doch all diese Versprechen schienen sich ins Gegenteil zu verkehren. „Und der Hunger in der Welt ist ein Resultat der ungleichen Verteilung von Reichtum.“

Die beiden Sprecher von **BürGenLand**, Florian Knappe und Alexander Spangenberg, kritisierten die Starrsinnigkeit des baden-württembergischen Landwirtschaftsministeriums: „Diese **Freilandversuche sind unnötig, ohne Sinn und Zweck**.“ Es werde mit hohem Risiko genveränderter Mais der Sorte MON 810 ausgesät, nur um zum wiederholten Mal eine Wertprüfung durchzuführen und die Landwirte darüber zu informieren, mit welchen Erträgen sie bei einem derartigen Saatgut zu rechnen hätten. Der (bisher enttäuschende) Ertrag sei aber abhängig von Wetter, Boden und Klima, es könne gar keine übertragbaren Daten geben. „Und so gibt es auch seit Jahren keinen Landwirt in der Kurpfalz, der an diesem bereits zugelassenen Genmais-Saatgut Interesse hätte. Trotzdem hält das Land an diesen Versuchen fest – eine **reine Machtdemonstration auf Kosten der Umwelt und der Verbraucher**.“

Zu den **russischen Wachleuten** rund um das Ladenburger Genmaisfeld machte Fritz Kuhn die Rechnung auf: „Stundensatz pro Mann 15,50 Euro, 715 Euro für zwei, nachts vier Wachleute täglich. Bei Bewachung von Mai bis zur Ernte rund um die Uhr sind das Kosten

von rund 115.000 Euro.“ Die Zahlen stammen aus der Antwort auf eine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion an das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Verschwendung von Steuergeldern, **unheilvolle Allianz zwischen Saatgutkonzernen und staatlichen Behörden** - zu wessen Nutzen?

Dass die mit Schlagstöcken bewaffneten Wachmänner nicht lange fackeln, wenn ihnen jemand in die Quere kommt, bekamen viele Teilnehmer des Demozuges auf dem (öffentlichen!) Weg um das Feld herum hautnah mit. Einige von ihnen wurden **tätlich angegriffen**, dem Ladenburger Pressevertreter versuchten die Wachleute im Handgemenge die Kamera zu entreißen! Die Polizei nahm den Vorgang auf.

**Uli Sckerl** reagierte entsetzt: „Die wissen wohl nicht, dass **in einem Rechtsstaat Demonstrationen erlaubt** sind.“ Kuhn und Sckerl kündigten an, dass die skandalösen Vorgänge eine parlamentarische Untersuchung im Bundes- und Landtag nach sich ziehen werden.

Gisela Reinhard